

# Der Grundstein

## Wochenblatt des Deutschen Bauarbeiterverbandes

Veröffentlichungsblatt der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Bauarbeiter „Grundstein zur Einigkeit“ Zuschußkasse

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Abonnementpreis pro Quartal M. 2 (ohne Postgeld), bei Zusendung unter Kreuzband M. 2,40

Herausgegeben vom Deutschen Bauarbeiterverbande Hamburg 25, Wallstr. 1

Schluß der Redaktion: Montag mittags 1 Uhr. Vereins-Anzeigen werden mit 30 % für die dreigespaltene Beilage oder deren Raum berechnet

### Der große Wettlauf ums sparjame Bauen.

Von M. Conrad, Architekt.

Wenn die Herren aus bürgerlichen Parteien daran gehen, ein Stück von der Weltfrage des Sozialismus einer Bearbeitung zu unterziehen, dann hat man immer den Eindruck, als ob jemand einen meilenweiten, modrigen Sumpf mit dem Keßel trudenlegen möchte. Der „Grundstein“ hat sich bereits in mehreren Artikeln mit den Streitigkeiten zur Einführung einer sparjamen Bauweise beschäftigt; da aber neulich bestimmte Vorschläge in Buchform auftraten, wie diese Sparjamkeit zur Ausführung kommen soll, müssen wir dem Gehirnsengang sachlich technisch nachtreten.

Professor Peter Behrens und O. de Fries haben im Verlage der „Bauteil“ eine Broschüre erschienen lassen: Vom sparjamen Bauen. Ein Beitrag zur Siedlungsfrage, mit einem Vorwort von Staatsrat a. D. W. H. G. v. D. D. (1918. Preis M. 2,80). Das Werkchen selbst ist sogar dem Reichstagsrat Dr. Grafen v. Hertling zugeeignet. Die Angelegenheit ist also reichlich vornehm eingeleitet.

Dr. Dornburg weist in dem Vorwort aus großen Gesichtspunkten darauf hin, daß die Einlage an Volkstraßen im Weltkrieg nicht nur die gegenwärtige Generation treffen durch Lärm, Verschmutzung und Verunreinigung, sondern auch die kommende durch das Zurückbleiben der Geburten. „Unser Grund und Boden ist ausgezehrt, unsere industrielle Wirtschaft irrational betrieben, unser Inventar verbraucht. Dabei ist eine gewaltige Schuldlast auf unsere Schultern gelagert, die ein auch noch so günstiger Ausgang des Krieges nicht wesentlich vermindern kann.“ — „Die Not ist größer als je zuvor. Insbesondere aber war auch vor dem Kriege die Frage des Familienheims für Millionenbesten keineswegs gelöst. Gensossenschaften, Gartenstädte waren doch nur für solche erreichbar, deren Einkommen weit über dem Durchschnitt lag. Wie kann dieser Widerstreit gelöst werden? Die Antwort heißt: sparen.“ Die gewaltige Steuer- und Lebensmittel hat den Wert eines Pfandes Landes voll zum Bewußtsein gebracht. Aber der rote Boden allein tut es nicht. Er muß aufgehoben, Straßen müssen gezogen werden. Die gegenwärtige Weltlage ist eine ungeheure Verschwendung von Geld. Nicht nur an Geld muß gespart werden, sondern auch an Anprüden; denn auch das billige Haus, das über die notwendigen Anforderungen und über die Bescheidenheit, der wir uns zu befleißigen haben, hinausgeht, ist nicht sparjam. Es muß gespart werden an Bequemlichkeitsverrichtungen, die nicht täglich gebraucht werden, gewisse liegengelassene Gewohnheiten müssen aufgegeben werden.“

So Herr Dr. Dornburg. Es ist nur zu bezaubern, daß diese Sparjamkeitsratschläge so gabelig auf uns, auf die Arbeiter niederprasseln. Für den Bau von Rathäusern mit gemitteltm Platz- und Weinellern, für Fingerringelinos, für Sport- und Spielplatzhäuser der Mittelschichten und Gensosen, für Prachtstraßen, Gartenschlößer und Landbesiedlungen hat man obige Gesichtspunkte der Sparjamkeit nie gehört. Aber für die Arbeitermassen. — Für die Arbeitermassen, die auf die Welt zu erwachen, da kommt es darauf an, allen Scherz auszuweichen, um mit geringsten Mitteln, selbst mit „Beseitigung liegengelassener Gewohnheiten“ ausreichende Unterkunftsräume bereitzustellen.

Wenn man den Maßstab der heutigen Kapitalwirtschaft anlegt, so muß man eingestehen, daß die Ratsschläge von Professor Behrens in der Tat zum Teil dazu angetan sind, eine erhebliche Besserung der gegenwärtigen unwürdigen Zustände zu schaffen. Die Besserung liegt um so näher, als ja bisher wenig oder gar nichts vom Staate für Arbeiterwohnungen geschehen ist. Großindustrielle, die auf einen Arbeiterstand angewiesen sind, haben Wohnkolonien angelegt, aber die Arbeiter unter so städtische Bedingungen gestellt, daß hier von Wohlfahrtsanlagen im sozialistischen

Sinne nicht gesprochen werden kann. Prof. B. faßt die Kleinwohnungsfrage vielseitig an und erörtert an Hand reicher Erfahrungen die Mittel und Wege einer zweckmäßigen Sparjamkeit. Er verweist auf die erschreckend elenden Wohnverhältnisse in schlesischen Arbeiterstädten; die Vergewaltigungen bestehen meist nur aus einem Raum. Die Krankeitszustände sind so hundertfach erhöht, daß darüber kein Wort mehr zu verlieren ist; man hat bei all den neuen Vorschlägen nur die Empfindung, daß diese alten, verrotteten Verhältnisse nicht der Arbeiter wegen gebessert werden sollen, weil sie menschenwürdige Wohnverhältnisse zu beanspruchen haben, sondern weil man gegen den erheblichen Geburtenrückgang glaubt etwas tun zu müssen, weil dem aufgeschwemmten Kapital Hände fehlen.

Diese Gedanken wollen wir an den Ausführungen des Herrn Prof. B. weiter weisen. Er sagt: „Bisher sind Kleinwohnungen nur Personen zugänglich gewesen, die sich aus der Bevölkeringssicht der großen Städte herausziehen konnten. Es erscheint notwendig, eine Kleinwohnung zu schaffen, die bei voller Erfüllung aller hygienischen und kulturellen Bedingungen der großen Masse der Arbeiterbestanden finanziell erreichbar ist.“ — „Diese Aufgabe der Massenversorgung im Wohnungsweesen ist nur durch äußerste Vereinfachung der Wohnungsstellung zu lösen. Der grundlegenden Forderung der Billigkeit muß das Verlangen nach bestmöglicher Qualität beigeordnet werden.“ — „Die Städte und Verkehrsfragen: „Eine Politik der Hofsteden und Gensosen ist mit den tatsächlichen Zielen des Kleinwohnungsweesens nicht zu vereinbaren. Die Notwendigkeit, morgens weit vor Beginn der Arbeitzeit aufzubrechen und nach deren Beendigung in ermüdetem Zustande den gleichen Weg in seiner ganzen Umständlichkeit noch einmal zu machen, wirkt absehwendend. Deshalb ist eine großzügige Verkehrspolitik eine dringende Notwendigkeit: Schnellbahnen, Automobilverkehr, Ausnutzung der Wasserwege durch Motorboote. Es darf nicht zu viel Zeit mit der Erreichung der Arbeitsstelle verloren gehen; deshalb müssen Kleinwohnungen möglichst nah an die Städte herangebracht werden.“

Die engere Verknüpfung der Stadt mit der Kleinwohnung wird durch die hohen Bodenpreise verhindert; deshalb müssen wir, nach Prof. B., die Kleinwohnung mit dem Stadthaus vereinigen, vernünftig, dadurch kommt man dem Ziel der Versorgung der arbeitenden Massen mit billigen guten Kleinwohnungen näher. Insbesondere für Kleinwohnungen ist nur das Reihenhäuser. Das Einzelhaus ist nur berechtigt, wo es durch zugehörige Gärten größerer Ausdehnung, durch Ställe, Treibhäuser, Bäder- und Wirtschaftsräume ein selbständiger Organismus wird. Das freistehende Einzelhaus erfordert die zweifache Frontlänge gegenüber dem Doppelhaus und die dreifache Frontlänge des Grundstückes gegenüber dem eingebauten Reihenhause. Dadurch wachsen die Regulierungskosten und Baukosten. Prof. B. erläutert diese Gedanken durch einfache Abbildungen. Das Reihenhäuser schänkt die Belastung des Einzelhauses durch geringere Straßenbaukosten ein, die Sozialnutzenerparnis wird erzielt durch Gemeinanteil der Wände, Fundamente und Kamine, durch Anlage der Fenster und durch Vereinfachung der Dachformen. Hierzu tritt der wertvolle Vorteil, daß eine größere Anzahl Häuser durch die einzelne Straßensbreite erschlossen wird, womit wiederum eine Verminderung von Straßenbaukosten verbunden ist.

Prof. B. bringt nun in die bisherige Bauweise der Reihenhäuser eine Neuerung hinein durch Einführung einer größeren Modifizierung und Bildung von Gruppenbauten und erzielt damit eine Verringerung der Straßenbaukosten, Verringerung der Hausgröße, Erparnis der Bodenpreise und der Aufschubkosten. . . . Erparnis der Aufschubkosten durch Einfügung der Frontbreiten des Einzelhauses. Die bisher übliche Reihenhäuseranlage forderte eine Straßensbreite von 9 m, wobei 4,5 m auf ausgebaute Verkehrsfläche und 2 x 2,25 m auf nutz-

lose Vorgärten verwendet waren.“ Behrens gibt einen viel einfacheren Grundplan, durch den der Abstand der gegenüberliegenden Häuser um ein Vielfaches wächst und die Straße ihrer eigentlichen Bestimmung, nämlich dem Verkehr, vollständig überlassen wird. Durch die erhöhte Straßensbreite und die verringerte Straßenzahl behauptet Prof. B. eine Erparnis von 42 % an Straßenland und Gartenwegen zu gewinnen. Diese Erparnisse werden, wie schon erwähnt, sehr erheblich zurück auf die Kosten etwaiger Kanalisationsanlagen. Durch die Weitläufigkeit der Anlage und durch die im Gruppenbau entfallenden Wohnhöfe glaubt Verfasser, kostspielige Bodenfläche, große Marktplätze sowie Anger und dergleichen ersparen zu können.

Weiter wird nachgewiesen, wie durch diese Gruppenbauweise ein vereinfachter Ausbau der Wohnkästen möglich ist, also die Straßenbaukosten herabgesetzt werden. Bürgersteige der bisherigen Art werden entbehrlich. Die Entwässerung der Wohnsiedlung ist sehr viel einfacher zu gestalten, weil die Häuser mitten im Gartenland liegen, das die Regenwässer unmittelbar aufnimmt. Zur Dichtung des Gartenlandes, meint Prof. B., würden die Zäune, das heißt die Abortstoffe des Einzelhauses, aufgebracht, so daß ihre Fortführung durch besondere Vorrichtungen nicht nötig sei. Bei den hier geschaffenen Gartengängen finden keine Ueberdüngung des Gartenlandes durch die Abortstoffe des Einzelhauses statt.

Beschäftigen wir uns nach dieser Darstellung der Grundidee der Gartenstadt mit ihrer sachlichen Ausführbarkeit, so kann die bautechnische Möglichkeit einer solchen Planung durchaus anerkannt werden. Widen wir aber in den Staat mit seinen bürokratischen Feindschaften gegen alles, was die arbeitende Klasse betrifft, so müssen wir sagen: Recht beieinander wohnen die Gedanken, doch hart im Raume stehen sich die Sachen. — In vielen Städten legt sich der Wunsch, der Wohnungsnot des arbeitenden Volkes abzuwehren, aber doch etwas mehr in Anerkennung seiner Arbeitsleistung, als in eifriger Suche nach größtmöglicher Rentabilität. Schon der Vorkriegsstand, möglichst nahe an die Städte mit den Siedlungen heranzugreifen, wird fast und gleichgültig abgelehnt werden. Ich erinnere Herrn Prof. B., mit welcher ausgeprägten Feindschaft alles behaftet wird, was zum Beispiel Berlin heißt vorortigen Nutzen gewähren könnte. Ich erinnere an die Aufteilung des alten botanischen Gartens für Hochbauten, anstatt eines schönen Parkes in Schönberg, an die Vernichtung des Genußgartens, des nächsten Ausflugs- und Erholungsortes der Berliner, endlich an die Preisüberstreichungen durch den Fiskus überall da, wo Berlin gemeinnützig etwas schaffen will. Das Neueste war die Aufteilung des Tempelhofer Feldes zu ungeheuerlichen Preisen und seine Abtretung an Tempelhof, das letzte Entzuehung und Verleuerung der englischen Gaswerke, so daß die Vororte jetzt übermäßig für Gasverbrauch in Anspruch genommen werden. Das reaktionäre Abgeordnetenhaus kann sich seit Jahrzehnten in der Gesetzgebung nie genug tun, wenn es gilt, Berlin und andere Großstädte zu schädigen. Dabei genießen seine Schädiger die Vorteile des Großstadterwerkes und seiner Darbietungen in vollen Zügen.

Bergegennützig man sich bei diesen Zuständen, daß Groß-Berlin unter dem schweren Druck eines Stadthausmonopols leidet, wie vielfach keine andere Stadt Deutschlands, so ist es eigentlich unbegreiflich, wie Professor Behrens hoffen kann, in Preußen Siedlungen in der Nähe großer Städte ins Leben zu rufen, die bereitwillig von Wohnvereinsgesellschaften unterstüzt werden. Denn Verfasser nicht davon, welchen Schikanen und Anfechtungen die Arbeiterstadt Berlins durch die Große Berliner Straßenbau-Gesellschaft seit Jahrzehnten ausgesetzt ist? Hat er davon Kenntnis genommen, welche Fahrkartenkategorien den Arbeitern neuzeitlich bereit werden auf der dem Minister der öffentlichen Arbeiten unterstellten Eisenbahn und ihren Aufsässen an die Vorortbahnen? In den Berliner Parlamenten werden von den Präsidenten und Ministern großartige Verberlichungsreden gehalten auf





beziehungen zur Vorbereitung der Einigung made, siehe an Stelle der Wirklichkeit eine Utopie.

Die Karlsruher Schrift zeichnet sich, wie schon eingangs erwähnt, durch ihre Objektivität und Klarheit aus, mit der ihre Verfasser Statistikern und nicht für das Handeln der Sozialdemokratie und der Arbeiter in Rechnung stellt. Der Schrift ist deshalb die weiteste Verbreitung zu wünschen.

Arbeitslosigkeit im Deutschen Bauarbeiterverbände.

Die letzten beiden Jahrgänge weisen eine weitere Abnahme der, im ganzen genommen, vorher schon recht geringen Arbeitslosigkeit auf. Nach dem am 24. Juni 1918 Arbeitslose, vom Bundesrat der Mitglieder 0,16, im am 1. Juli 1918 Arbeitslose, oder vom Mitgliederbündel 0,09. ... Das Ergebnis vom 24. Juni betrafte über 64, vom Mitgliederbündel 0,08, unterjährige Arbeitslose. Hier war die Abnahme etwas langsamer als bei den Arbeitslosen.

Table with columns: Stadt, Zahl der Beschäftigten, Zahl der Arbeitslosen, Prozent der Arbeitslosen. Includes data for 1. Königsberg, 2. Bromberg, 3. Berlin, etc.

Table with columns: Stadt, Zahl der Beschäftigten, Zahl der Arbeitslosen, Prozent der Arbeitslosen. Includes data for 1. Königsberg, 2. Bromberg, 3. Berlin, etc.

Berichte.

Berlin. (Zur Vertragsverlängerung.) Durch die Entlohnung des Tarifwesens seit der großen Auswertung im Jahre 1910 unterliegen die Lohn- und Arbeitsbedingungen im deutschen Baugewerbe größtenteils dem Höchsttarifvertrage. ... Die in Berlin selbst und in der Provinz Brandenburg für den Kriegsebedarf begangenen Jubiläumten beanpruchten

viele Bauarbeiter. Es kamen nicht nur alle Arbeitslosen in Arbeit, sondern auch eine erhebliche Zahl von holländischen und vom Heeresdienst verabschiedeten. Dies änderte sich auch 1918 nicht; während des ganzen Jahres 1917 bestand immer ein Mangel an Arbeitskräften. ... Im Sommer kommen sich die meisten Verkäufer sehr wenig. Eingekauft wird die meiste Menge allein durch die Kriegsinflation, die Löhne der Arbeiter in allen Richtungen und angelernten Arbeiter die aller übrigen Arbeiter oft weit übersteigen. ... Die Arbeiter liegen sich bei ihren Anträgen tendenziell gegen eine Erhöhung während der Vertragsdauer fest.

Im Januar 1917, das die Löhne über den bis dahin geschätzten Kriegsteuerzuschlag hinaus weiter erhöht werden sollten. ... Die Arbeiter liegen sich bei ihren Anträgen tendenziell gegen eine Erhöhung während der Vertragsdauer fest. ... Die Arbeiter liegen sich bei ihren Anträgen tendenziell gegen eine Erhöhung während der Vertragsdauer fest.

Die Arbeiter liegen sich bei ihren Anträgen tendenziell gegen eine Erhöhung während der Vertragsdauer fest. ... Die Arbeiter liegen sich bei ihren Anträgen tendenziell gegen eine Erhöhung während der Vertragsdauer fest. ... Die Arbeiter liegen sich bei ihren Anträgen tendenziell gegen eine Erhöhung während der Vertragsdauer fest.

Die Arbeiter liegen sich bei ihren Anträgen tendenziell gegen eine Erhöhung während der Vertragsdauer fest. ... Die Arbeiter liegen sich bei ihren Anträgen tendenziell gegen eine Erhöhung während der Vertragsdauer fest. ... Die Arbeiter liegen sich bei ihren Anträgen tendenziell gegen eine Erhöhung während der Vertragsdauer fest.

vorhanden beauftragt wird, sich sofort mit dem Arbeitgeber und zwecks Verknüpfung der Arbeitszeit, Zahlung einer bei ausmüßigen Arbeiter in Verbindung zu setzen. ... Die Arbeiter liegen sich bei ihren Anträgen tendenziell gegen eine Erhöhung während der Vertragsdauer fest.

Gemeindliche Wohnungsnaehweise.

D.W.A. Für die Stelle der Wohnungsreform wird die Entwicklung der gemeindlichen Wohnungsnaehweise von Interesse sein. ... Die Arbeiter liegen sich bei ihren Anträgen tendenziell gegen eine Erhöhung während der Vertragsdauer fest.

Die Arbeiter liegen sich bei ihren Anträgen tendenziell gegen eine Erhöhung während der Vertragsdauer fest. ... Die Arbeiter liegen sich bei ihren Anträgen tendenziell gegen eine Erhöhung während der Vertragsdauer fest. ... Die Arbeiter liegen sich bei ihren Anträgen tendenziell gegen eine Erhöhung während der Vertragsdauer fest.

Liebe Baugewerkschaft!

Inser Blatt hat Deinen Joren herausgegeben. Das ist an sich gewiß hochbedeutend. ... Die Arbeiter liegen sich bei ihren Anträgen tendenziell gegen eine Erhöhung während der Vertragsdauer fest.

